

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/5) durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Postenstraße 11, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. — Bezugspreis bei Voranmeldung wöchentlich 0.42 RMk. + 8 Pf. Trägerlohn + 0.50 RMk. monatlich 1.76 RMk. + 36 Pf. Trägerlohn + 2.10 RMk. Durch die Post einzeln. Zustellungsgebühren 2.48 RMk.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 3852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, III. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Die Phoebe-Korruption.

Endlich die Veröffentlichung des Berichts zugestanden.

Berlin, 7. März. (Eigener Bericht). Die Reichsregierung hat sich unter dem Druck der Sozialdemokratischen Fraktion nun doch zu der Veröffentlichung des Phoebe-Berichtes bereit erklärt. Sie hat eingesehen, daß ihre Geheimnisträumerei auf die Dauer zwecklos ist und die Öffentlichkeit schließlich auch ohne ihr Einverständnis den wesentlichen Inhalt des Berichtes erfahren würde. Insofern ist es auch aussichtslos, den für Montag in Aussicht gestellten schriftlichen Bericht etwas zu zitiieren. Wir waren aber die Regierung doch davon, den Bericht im Gegensatz zu den Tatsachen in harmlosem Dicht-erschleien zu lassen. Es gibt nun einmal nichts mehr zu verschleiern.

Also heraus mit der Sprache! Je offener und ehrlicher der Bericht abgefaßt ist, desto besser wird es für die Reichsregierung sein. Jeder Versuch zur Verschleiern kann den Skandal nur verschlimmern.

Der Bericht soll nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers gegenüber den Parteiführern sofortig veröffentlicht werden, daß er am Montag dem Hauptauslassung des Reichstages vorliegt. Am Dienstag wird dann die Debatte darüber beginnen. Im Verlauf der Besprechungen mit den Parteiführern hat

der Reichsfinanzminister zugesagt, daß der Bericht, der dem Ausschuss gegeben werden soll, alle bisher dunklen Geschäfte enthalten und aufhellen würde. Der Reichsfinanzminister hat zugesagt, daß arge Verfehlungen vorgekommen seien, aber er hat auch erklärt, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um die Wiederholung ähnlicher Vorfälle zu verhindern. Die schwarzen Fonds seien beseitigt. Es sei kein Pfennig mehr da, der ohne Wissen des Reichstages ausgegeben werden könne. Die sozialdemokratischen und demokratischen Parteiführer haben dem Reichsfinanzminister erklärt, daß sie ihre endgültige Stellungnahme erst treffen könnten, wenn der Bericht vorliege und von ihnen geprüft worden sei.

Berlin, 8. März. (Eigener Bericht).

Die Direktion der Phoebe-A.G. erklärte gestern auf der Generalversammlung, daß sie wegen Überlastung weder die Bilanz 1926 (I) noch für 1927 hätte fertigstellen können. Es müssen sich in der Tat sehr merkwürdige Dinge hinter den Kulissen dieses „nationalen“ Finanzunternehmens abgespielt haben, wenn die Direktion so das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Vermutlich ist es den Herren bisher noch nicht gelungen, ihre Bilanz mit den bekanntgewordenen Verlusten in Übereinstimmung zu bringen.

Wolfgang vorgeschlagen werden, daß man schon jetzt jede Nachfrage in Verona, wo man sicher genau über den Besitzer der Waffen bescheid weiß, als ausgeschloffen gelten. Mussolini hat sich solche Reueigier verboten. Die Nachprüfung wird in ähnlicher Weise wie die Feststellungen an der polnisch-litauischen Grenze im vorigen Jahre, also keinesfalls als Investigation, aufgegriffen werden.

Deutschland nahm in der öffentlichen Verhandlung nicht das Wort. In der vertraulichen Sitzung äußerte es sich nur zu der prinzipiellen Frage, ob und wie der jeweilige Staatspräsident in solchen Fällen eingreifen dürfe. Um der Behandlung der Frage jede Schärfe zu nehmen, gab der bisherige chinesische Staatspräsident eine Erklärung ab, in der er nochmals ausdrücklich feststellte, Ungarn nur einen freundschaftlichen Rat gegeben, aber keine Anordnung getroffen zu haben.

Genf, 8. März. (Eig. Funfbericht).

Die Zurücknahme der Rindungen Spaniens und Brasiliens vor dem Ablauf der Rindungstermine scheint für die nächsten Zeiten bevorzugen. Es heißt, daß im Laufe dreier Tagung Besprechungen unter den Staatspräsidenten stattfinden werden, die darauf abzielen sollen, Spanien und Brasilien im Völkerverbund zu halten. Wahrscheinlich wird man beiden Regierungen je einen von den im September freierwerbenden Staatspräsidenten in Aussicht stellen.

Die Keinen Angelegenheiten.

Genf, 7. März. (Eig. Drahtbericht). In einer öffentlichen Nachmittags-Sitzung behandelte der Völkerverbund die Frage intellektueller Zusammenarbeit und andere spezielle Dinge. Eine oberste Beschlüsse wegen der Verweigerung einer höheren deutschen Schule wurde bis zum Eintreffen des angeforderten Gutachtens des Haager Gerichtshofes vertagt. Für die Mandatskommission wurde ein Japaner neu gewählt und der Staatspräsident autorisiert, sich für den Sitz der verstorbenen Schwedin nach einer geeigneten Frau aus den Reichsmandatsmächten umzusehen. Der Bericht des Generalsekretärs über die eventuelle Verminderung der Ratsitze soll allen Völkerverbund-Mitgliedern zugestellt werden.

Aus den privaten Besprechungen der Ratsmitglieder wird bekannt, daß die Aufnahme Spaniens und Brasiliens in den Völkerverbund eine große Rolle spielte und der Völkerverbundrat wahrscheinlich den Generalsekretär beauftragen wird, den beiden Staaten durch ein Anerbieten die Aufnahme ihrer Rindigung zu erleichtern.

Waldemaras sperrt sich.

Genf, 7. März. (Eigener Drahtbericht). Der litauische Ministerpräsident hat auf die Anfrage des Völkerverbundrats geantwortet, daß er selbst nicht nach Genf kommen möchte und auch keinen Delegierten schicke, da er auf eine Verhandlung des polnisch-litauischen Konfliktes in dieser Hinsicht nicht rechtzeitig vorbereitet worden sei. Wahrscheinlich wird sich der Rat trotzdem in einer späteren Sitzung mit der polnisch-litauischen Frage beschäftigen.

Das Ergebnis der Beratungen der Sicherheitskommission.

Genf, 7. März. (Eig. Drahtbericht). Die Sicherheitskommission hat ihre zweite Tagung mit der Annahme von 6 Resolutionsentwürfen, 11 Resolutionen und einem Exposé beendet. Diese Papierflut soll im Juni einer zweiten bzw. dritten Lesung unterzogen und dann mit den eventuellen Änderungen der Völkerverbundversammlung im September zur Annahme empfohlen werden. Auf deutscher Seite erklärt man sich mit dem Ergebnis zufrieden, weil die Verträge auf dem Prinzip von Locarno beruhen. Sie dem deutschen Standpunkt der überragenden Wichtigkeit der Kriegsverhütung Rechnung tragen und in keiner Resolution der ursprüngliche serbisch-polnische, teilweise auch französische Standpunkt, daß die Sicherheit der Abrüstung voranzugehen habe, ausgesprochen sei.

Alles in allem handelt es sich um ein Kompromiß, dessen Wert erst dann erkennbar wird, wenn die Modellverträge den Staaten vorliegen und es sich zeigt, wie viele Staaten bereit sind, ihnen beizutreten bzw. ihre alten Allianzverträge zugunsten der Musterverträge aufzugeben.

Das Wahlprogramm der französischen Sozialisten.

Paris, 8. März. (Eig. Funfbericht).

Die Sozialistische Partei Frankreichs veröffentlicht heute ihr Wahlprogramm. Der Text dieses Programms konnte auf dem Nationalkongress im Wortlaut nicht festgelegt werden, sondern mußte einer Redaktionskommission übertragen werden. Zunächst werden die Verfassungsänderungen der Partei aufgestellt: direkte Volksabstimmung, Abschaffung des Senats, politische Gleichberechtigung der Frauen, Verhältniswahlrecht. Weiter wird die Abschaffung aller Ausnahmegeetze und der Kriegsgerichte sowie der Erlass einer nationalen Amnestie gefordert. Es folgen dann die sozialen Forderungen: Verbot der Kinderarbeit, Sicherung des Wochenlohnes, gesetzliche Festlegung eines jährlichen Urlaubs, Verbesserung des Arbeiterschutzes, der Sozialversicherung, Sicherung des Wettbewerbsrechtes für die Beamten, gesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens und Arbeitsverträge. In wirtschaftlicher Hinsicht verlangt die Sozialistische Partei Rationalisierung der Produktion und der Verwaltung, allerdings nicht ausschließlich auf dem Rücken der Arbeiter. Nationalisierung der Schlüsselindustrien, Sicherung der Arbeiterarbeit auf den Produktionsprozess und auf die Preisgestaltung. Auf finanziellen Gebiet wird die Regelung der interstellierten Schulden unter Berücksichtigung der finanziellen Verantwortlichkeit Frankreichs und der Transparenz der Finanzen, die Abschaffung der Steuerbefreiung der Reichhaltigen und die Abschaffung der Steuerbefreiung der Reichhaltigen und die Abschaffung der Steuerbefreiung der Reichhaltigen gefordert.

Gegen die Rohheiten des Stahlhelms.

Sozialdemokratische Interpellation im preussischen Landtag gegen die Erpressungsversuche des Landbundes und des Stahlhelms.

Berlin, 7. März. (Eigener Bericht). Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende „Große Anfrage“ eingebracht: In allen Teilen Preussens, besonders in Brandenburg, benutzen die Deutschnationalen den Landbund zu Demonstrationen gegen die Preussische Regierung und die Reichsregierung. In Straßburg, Greifswald und anderen Orten wurden Forderungen an die Regierung gerichtet, die direkte Drohungen bzw. Aufforderungen zur Steuerabotage und Selbsthilfe enthielten. Die Arbeiter sind zu diesen Demonstrationen, wie in Straßburg, durch Gewährung von Geldmitteln (4-6 Mark pro Mann) bewogen worden, an diesen Demonstrationen teilzunehmen. In Demmin fand am Sonnabend, den 3. März, eine solche Demonstration statt, zu der man teilweise die Arbeiter durch Entlassungsdrohungen gezwungen hatte. Die ganze Bevölkerung des Ortes wurde dadurch provoziert und in starke Erregung versetzt. Wie zu einem Sturm rückten am Mittag des 3. März, um 2 1/2 Uhr, die Landbündler aus vier verschiedenen Straßen in geschlossenen Zügen zum Marktplatz vor; wo sich eine große Menge Neugieriger einfand.

An der Spitze eines Zuges marschierten 50-60 mit schweren Stöcken bewaffnete Stahlhelmer, geführt von dem Stahlhelmführer Friedrichs, der auch die Uniform des Stahlhelms trug. Unmittelbar hinter dem Stahlhelm marschierte im Zug der Bürgermeister Rüster der Stadt Demmin und neben ihm der Schulrat Köhler. Bei dem Eintreffen des Zuges verteilten die Kommunisten Flugblätter. Das wurde zunächst von einzelnen Beamten der Polizei verhindert, dann aber von dem Polizeiaufseher Kofel gestoppt. Der Inspektor bemächtigte sich beim Anblick der bewaffneten Stahlhelmer eine starke Erregung. Der Komteur Köhler forderte Herrn Kofel auf, das Tragen der Eisenstöße auf Grund des Stadterbotes zu verhindern. Kofel lehnte das mit den Worten ab, er könne kein Stadterbot.

Aus den Reihen der Umstehenden wurden bald Rufe laut, daß auch mit Stöcken zu bewaffnen. Köhler bestieg nun einen als Rednertribüne bestellten Wagen. Er wurde sofort zusammen mit dem Landbundesführer Wolter vom Wagen gestoßen und mit Stöcken blutig geschlagen. Wolter selbst wurde in der Länge von den Stahlhelmern ebenfalls schwer geschlagen. Das war das Signal für die Stahlhelmer, auf die wehrlose Menge einzumarschieren. Drei Arbeiter erhielten blutige Verletzungen, der Polizeibeamte Jander, der einen Wagen des Revolvers abnehmen wollte, wurde von den Stahlhelmern ebenfalls zu Boden geschlagen. Der Bericht der Demonstranten ist in der Folge veröffentlicht.

Dem Vernehmen nach soll die Reichswehr bereits seit zwölf Uhr mittags mit scharfer Munition in Marschbereitschaft gewesen haben. Das rechtsstehende „Demminer Tageblatt“ bestärkte die Absicht, die Reichswehr gegen die Arbeiter zu verwenden. Nach einem Bericht des Straßburger „Vormittler“ vom 6. März veranfaßte der Stahlhelm am 5. März wieder eine Demonstration, wobei dem Magistrat das Ultimatum gestellt wurde: sämtliche Polizeibeamte bis Mittwoch 6 Uhr von der Stadtwartung zu entlassen, andernfalls werde der Stahlhelm die Polizeigewalt und Ordnung in der Stadt übernehmen. Durch diese ungeheuerlichen Drohungen und Putschabsichten des Stahlhelms ist die gesamte Bevölkerung in höchste Erregung versetzt worden.

Wir fragen: Ist die Staatsregierung bereit, eine sofortige Untersuchung vorzunehmen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen?

Das Versagen des Völkerverbundes

Die Behandlung des Waffenstillstandes.

Genf, 7. März. (Eig. Drahtbericht). Die geheimnisvolle italienisch-ungarische Waffenstillstandsvereinbarung wird nicht vollends aufgeklärt und Ungarn wird gewaschen, ohne daß ihm der Fels dabei nah gemacht wird. Das ergab die Behandlung der Angelegenheit am Mittwoch durch den Völkerverbundrat. Chamberlain schlug die Einsetzung eines Dreierkomitees vor. Rumänien als Vertreter der Kleinen Entente begnügte sich mit einer völlig zurückhaltenden Erklärung, in der ausdrücklich betont wurde, daß die Kleine Entente mit ihrem Schritt keine Unfreundlichkeit gegen Ungarn beabsichtigt habe.

Brian stellte zwei heikle Fragen, von denen Ungarn nur die erste, den Wunsch Briands, den Originaltext zu erhalten, durch dessen Vorlage zufriedenstellend beantwortete. Gegen erklärte sich Brian mit der Beantwortung der zweiten Frage, warum Ungarn nicht die Wagnisse sofort zur Nachprüfung des Waffenstillstandes referiert habe, nicht zufrieden, ohne auf weiteren zu bestehen. Der Ungar vermochte nur auf die Beredsamkeit der Konferenzkonvention hinzuweisen, und darauf, daß die ungarische Regierung sofort, als sie sah, daß die Wagnisse ungenügend erschienen, sich verpflichtet gefühlt hätte, diese laut dem Trianovertrag zu zerstören. Als sich Scialoja nach der Vorlage des in Verona ausgestellten Originaltextes meldete, wartete alles gespannt auf eine Äußerung Italiens zu diesem merkwürdigen Ursprung der Waffen. Aber der Völkerverbundrat nur die Debatte Briand-Ungarn abzubrechen und drang auf Vornahme der Kammissionswahl. Die Kommission, aus dem holländischen, dem holländischen und dem griechischen Delegierten bestehend, soll mit eventueller Zuhilfenahme von Fachleuten aus dem Beamtenstab des Völkerverbundrats die ungarischen Dokumente prüfen und dem Rat am Sonnabend mitteilen, wie sie sich die Erklärung der Verantwortlichen denken. Die Kommission wird wahrscheinlich eine Nachprüfung in St.

Das Vergehen des Kapitalismus

Starkes Steigen der Produktion, während Arbeitslosigkeit in der Verteilung. — Die Profitgier des Unternehmertums zerstört alles.

Berlin, 7. März.

In der Mittwochssitzung des Preussischen Landtags wurden zunächst die Eingemeindungsgeetze für das westfälische Industriegebiet in dritter Lesung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung ohne Debatte angenommen. — Es folgte der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Thiele (Soz.):

Das Jahr 1927 war eine Periode außerordentlicher Stärkung der deutschen Wirtschaft. Alle Geschäftsabschlüsse bezeugen die materielle Erfolge besonders der Großindustrie und Schwerindustrie. Dabei ist besonders zu beachten, daß wegen der fortwährenden Schwäche des Anleihenmarktes die notwendigen Betriebsverbesserungen in sehr starkem Ausmaße aus laufenden Mitteln bestritten worden sind. Der finanzielle Ertrag der deutschen Wirtschaft ist also 1927 ganz wesentlich gestiegen. Der technische Umstellungsprozess in der deutschen Wirtschaft ist fast restlos bewältigt. Nur in der Verteilung der Waren herrscht noch wie vor die vollendete Anarchie. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der natürliche Zweck jeglicher Umstellung der Wirtschaft müßte doch dreifach sein: die Produktionsmenge zu steigern, die erzeugten Produkte zu verbilligen und Angestellten und Arbeitern einen gesteigerten Lohnanteil zu gewähren, um sie kaufkräftiger zu machen und dadurch den Inlandsabfah zu heben.

Nun ist nach den amtlichen Feststellungen im Jahre 1927 eine Produktionssteigerung von 20 bis 25 Prozent erreicht worden. (Hört, hört! bei den Soz.)

Auch der Bericht des Reparationsagenten schätzt die Vermehrung der Produktion in der Groß-Eisenindustrie für die Jahre 1925 und 1926 auf 40-50 Prozent. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes stieg die Arbeitsleistung im Jahre 1927 im Ruhrkohlenbergbau um 20 Prozent, bei der Reichsbahn um 18 Prozent usw. Aber

alle diese Umstellungserfolge der deutschen Wirtschaft sind fast restlos auf Kosten der Arbeitskraft und des Lohn- und Gehaltsaufbesserungen der Arbeitnehmerschaft stehen in gar keinem Verhältnis zu der erzielten Produktionssteigerung. Selbst bei der außerordentlichen Chance, die im Jahre 1927 der englische Bergarbeiterstreik der deutschen Wirtschaft gab, stiegen die Löhne im Bergbau nur 5,8 Prozent, in der gesamten Großindustrie um 6,8 Prozent. Man übersteht ganz, daß 85 Prozent der industriellen Erzeugung auf dem Inlandsmarkt abgesetzt werden muß und daß man für wesentlich bessere Löhne sorgen muß, wenn man die deutsche Wirtschaft dauernd flott erhalten will. Die allgemeine amerikanische Ueberzeugung: „Wer Lohn kürzt, begeht einen Diebstahl an der Wohlfahrt des Volkes“ — so hat der amerikanische Arbeitsminister Dawes diese Einsicht formuliert, ist den deutschen Unternehmern noch nicht aufgegangen. Die deutschen Unternehmer sperren noch immer wegen jeder Lohnforderung vergnügt aus. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Solange die Einstellung der deutschen Wirtschaft zu Lohnforderungen derart ist, daß man wegen 4000 Groschen in der Stunde Millionen im Monat durch Aussperrung hinauswirft, solange ist der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft in Deutschland tot und begraben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Güterverteilung weiß heute in Deutschland noch nicht, was die Güterverteilung ist. Die ganze Rationalisierung hat noch nicht im Geringsten zu einer Preislenkung geführt. Die Ueberhebung des Kleinhandels und die Verdrängung des Großhandels halten die Anarchie in der Verteilungswesen aufrecht. Noch immer wächst die Zahl der Handelsbetriebe und mit ihnen nicht die Konkurrenz, sondern die Preise. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Klagen des Mittelstandes sollten sich nicht gegen die Arbeitnehmerschaft richten, sondern gegen die Großindustrie, die Zehntausende von Handwerkern beschäftigt und eben so vielen Handwerksmeister die Existenzmöglichkeit nimmt. Wenn aber der Mittelstand glaubt, daß ihm mit den unsinnigen Anträgen geholfen werden kann, die im Ausschluß gegen die kommunale Gemeinwirtschaft und gegen einen vernünftigen Strafvollzug angenommen worden sind, muß man ihn wirklich bedauern. Wir werden im Parlament wie im Wahllampf stets mit aller Entschiedenheit für einen geordneten Ausbau der deutschen Wirtschaft eintreten. Der Welt voraus: besseren Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter und Angestellten, höhere Löhne und Gehälter, damit die Sehung des inneren Marktes und die Sicherung der Konjunktur. Sie mögen gegen uns Interessen ins Feld führen können, aber Argumente haben Sie nicht. Unser Standpunkt dient dem Wohle der Wirtschaft und der breiten Volksmassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jäger (Dn.): Die Regierung und die Sozialdemokraten verstehen unter Sebung der Wirtschaft immer den Beschäftigungsgrad. Für uns ist das Wichtigste an der Wirtschaft die Lage der Wirtschaftsträger, und da bietet die deutsche Wirtschaft keinen Grund zum Optimismus, weil die Kapitalbildung gänzlich unzureichend ist.

Handelsminister Dr. Schreiber:

In dem Aufschwung der Wirtschaft hat gerade der Mittelstand teilgenommen, und die Lage des Gewerbes wäre noch viel günstiger, wenn nicht leider die Landwirtschaft verlagert hätte. Bei der Zuführung neuer Gelder an die Landwirtschaft müssen wir verlangen, daß die Landwirtschaft in erster Reihe ihre Lieferanten bezahlt. (Sehr gut! — links.) Auf ausländische Anleihen werden wir jedoch nicht verzichten können. Der Zinsfuß läßt sich nicht künstlich senken. Große Anzeichen eines allgemeinen Absinkens der Konjunktur sind bis herin nicht zu erkennen. Es ist unklar, daß wir in Preußen eine Politik der kalten Sozialisierung betreiben. Wir machen nur die fruchtbarste Ueberzeugung: Wir machen uns die Eigentumsverhältnisse nicht mit. (Sehr gut! links.) Dieselben Kräfte, die dem Staat nicht genug Domänen und Flächen aufhängen können, wollen ihn verwalten, doch die Erhebung der Bodenpreise zu sichern. Dagegen muß sich der Staat zur Wehr setzen. In der Lohnfrage sollte das Unternehmertum rechtzeitig die Zugewinne abgeben, die durch den Preisanstieg erzielt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jäger (Dn.): Die Regierung und die Sozialdemokraten verstehen unter Sebung der Wirtschaft immer den Beschäftigungsgrad. Für uns ist das Wichtigste an der Wirtschaft die Lage der Wirtschaftsträger, und da bietet die deutsche Wirtschaft keinen Grund zum Optimismus, weil die Kapitalbildung gänzlich unzureichend ist.

Wirtschaftspartei, der den Konjungenoffenschaften jede Erstens, Berechtigung abspricht. Warum sei denn der Herr Rabendorff Mitglied eines Konsumvereins gewesen? (Lobende Beifall rufen und lebhaftes Hört, hört!)

Abg. Rabendorff (Wirtsch.): Im Jahre 1922/23 haben sich die Beamten der Reichsbahn zu einer Einkaufsgemeinschaft zusammengeschlossen. Damals habe ich auch für den Einkauf von Marmelade und anderen notwendigen Lebensbedarfs 126 Millionen eingekauft.

Damit schließt die Beratung des Handelsetztes. Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Mißwirtschaft des Zentrums.

Es hat Kölns Finanzen in Grund und Boden gewirtschaftet.

Köln, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Die zweitgrößte Stadt Preußens, Köln, ist durch die Politik der bürgerlichen Parteien und ihres Oberbürgermeisters Adenauer vom Zentrum in die größten finanziellen Schwierigkeiten geraten. Aus den Jahren 1925, 1926 und 1927 ist ein Defizit von rund 9 Millionen Mark zu decken, das allerdings ursprünglich erheblich höher war und nur dadurch herabgedrückt worden ist, daß man die Rücklagen für die Werke gestrichelt hat und man versuchen will, aus der Straßenbahn höhere Einnahmen herauszuschlagen. Die restlichen 9 Millionen sollen heringebracht werden durch die Erhöhung der Grundbesitzsteuer, der Zuschläge zu verschiedenen Gebühren, die Erhöhung der Gewerbe-Kapitalsteuer und die Neueinführung einer Lohnsteuer.

Im Finanzanschluß stimmte das Zentrum vereint mit der Mehrheit alle diese Steuererhöhungen der Verwaltung wieder. Bei allen Bestimmungen über die Oberbürgermeister gegen seine eigene Partei in der Minderheit. Damit erntete Adenauer den Dank der bürgerlichen Parteien, die mit ihm im vorigen Jahre ohne Rücksicht auf die Deckungsmöglichkeit die großen Ausstellungen- und Messebauten bewilligt haben. Jetzt nur den Gemeindevätern diese Parteien steuerliche Maßnahmen wolle sie die Verantwortung für neue Steuern nicht tragen. Falls in der Freitagssitzung des Stadterordnetenkollegiums die Steuerpläne der Stadtverwaltung ebenfalls abgelehnt werden — und das scheint ziemlich sicher — kann die Regierung als kommunale Aufsichtsinstanz der Stadt Köln einen Zwangsetat aufzulegen.

Wilhelm junior opfert die Deutschen dem Bluthund Mussolini.

London, 7. März. (Eigener Drahtbericht.) Eine englische Nachrichten-Agentur meldet aus Rom, daß der deutsche Extronprinz, der sich zuletzt unter dem Namen eines Grafen von Geldern in Italien aufhält, am Mittwoch in einem Interview, das faschistische Italien als das Symbol von Ordnung und Disziplin bezeichnet habe. Er (der Extronprinz) habe große Bewunderung für Mussolini. Mussolini sei ein Genie und in einer Zeit der Kulturen zur rechten Stunde gekommen. Der Extronprinz erklärte schließlich, Deutschland habe keinerlei wie immer geartete Interessen an dem österreichisch-italienischen Gegensatz. (Wein, was kümmert es den Bluthund von Verbund, ob die Deutschen Südtirols niedergemetzelt werden?)

Es ist anzunehmen, daß die Kull aus des tatsächlich ein demütiges Interview gegeben hat. Unwahrscheinlich ist das bei der ganzen Einstellung und Borniertheit dieses Herrn durchaus nicht. In diesem Falle wäre es an der Zeit, endlich auf die Bedingungen zurückzukommen, unter denen der Extronprinz seinerzeit wieder deutschen Boden betreten durfte. Darin hat er sich u. a. ehrenwörtlich verpflichtet, keine Politik zu treiben. Eine derartige Verpflichtung steht in öffentlichem Widerspruch zu jedem politischen Interview.

Es wird sogar Zeit, daß der Extronprinz, der dauernd sein Ehrenwort bricht, wieder aus Deutschland verjagt wird. Für solche Menschen ist in Deutschland kein Platz.

Landbundterror in Thüringen.

Gegen einen Führer der Thüringer Bauernschaft.

Der politische Terror geht um. Die gewissenlosen Landbund-Demagogen pressen Kleinbauern und abhängige Leute zu ihren Kundgebungen. Wo die Reaktion regiert, erhalten sie staatliche Unterstützung für ihren Terror.

Ein Thüringer Landwirtschaftslehrer, namens Wormbs, in Schleiz hatte es gewagt, die Interessen der Kleinbauern und Kleinpächter gegen den Landbund in Schutz zu nehmen. Die Antwort des Landbundes bestand im Boykott. Der Leiter der Landwirtschaftsschule Schleiz sandte eine Anklageschrift gegen Wormbs an das Thüringer Innenministerium. In der u. a. behauptete, Wormbs habe sich durch seinen Austritt aus dem Stahlhelm in Schleiz unmöglich gemacht. Der Thüringer „demokratische“ Innenminister Paulsen entließ darauf am 30. Juni 1927 sofort telegraphisch Wormbs, ohne ihn auch noch gehört zu haben. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Greil nahm sich des Falles an; auf keinen kategorischen Protest hin wurde die Kündigung rückgängig gemacht, Wormbs aber am 1. Oktober 1927 nach Buttstedt veretzt.

Nun begann erst recht der Terror. Ein Landbundesführer erklärte Wormbs: „Auch der tüchtigste und fähigste Landwirtschaftslehrer ist nicht wert, Landwirtschaftslehre zu unterrichten, falls er Beziehungen zur Sozialdemokratie unterhält.“ Ein anderer Landbundesführer erklärte: „Herr Wormbs, Ihnen wird sich der Landbund an die Fersen heften und Ihnen in Ihrer neuen Stellung jedes Arbeiten erschweren; wir sorgen schon dafür, daß Sie in einem halben Jahre erledigt sind.“ Der „demokratische“ Innenminister Paulsen erklärte Wormbs den guten Rat, alle Beziehungen zu dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Greil abzubrechen. Als Wormbs bei einem Angestellten des Reichskontrollvereins Privatstunden gab, wurde der Angestellte mit der Drohung der Entlassung gezwungen, jeden Verkehr mit Wormbs abzubrechen. Schulleiter und Hilfslehrer hielten gegen ihn. Der Hilfslehrer erklärte den Schülern: „Hüten Sie sich vor Herrn Wormbs. Er spricht über diese Sachen aus dem linken Lager. Ich spreche aus dem rechten Lager. Glauben Sie mir!“ Es hagelte Landbundes-Demagogen. Der Erfolg: Am 3. Februar 1928 verfügte der Innenminister Paulsen eigenhändig, daß Wormbs am nächsten Kündigungstermin zu entlassen sei, „um einen geordneten Schulbetrieb aufrechtzuerhalten.“

Warum die Hege? Unmittelbar nach der Kündigung wurde der Mann, den der demokratische Thüringer Innenminister gemahregelt hatte, zum Vorsitzenden der Thüringer Bauernschaft, der Berufsorganisation der Kleinbauern und Kleinpächter, gewählt. Er hatte es gewagt, gegen die einseitige Landbundespolitik Front zu machen. Der Boykott und die Hege des Landbundes gegen ihn sind im tiefsten Grunde unethisch. Wie der Minister Paulsen es mit seiner Unfähigkeit zur demokratischen Partei verhaltenen will, das er für so unethischem Boykott gefügt hat, ist seine Sache. Dieser Minister ist eine schwere Belastung für die Demokratische Partei!

Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages.

Washington, 7. März. Der Senat hat gestern Abend den Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ohne Zustimmung nach längerer Debatte ratifiziert. Der neue Vertrag, der den am 27. Februar abgeschlossenen Nord-Schiedsgerichtsvertrag ersetzt, trat sofort in Kraft.

Macht, die Monroe-Doktrin oder die Verpflichtungen Frankreichs als Mitglied des Völkerbundes in Mitleidenschaft zieht, einem Schiedspruch unterworfen werden soll. In der Preamble des Vertrages wird der Zustimmung ausdrücklich vertriehen, daß der Vertrag kommen werde, wo alle Länder auf den Krieg als Instrument nationaler Politik verzichten werden. Die Preamble wurde eingefügt im Anschluß an den Meinungsaustausch zwischen Briand und Kellogg über die Möglichkeit eines Abchlusses eines besonderen Vertrages gegen den Krieg.

Seipel antwortet Mussolini.

Wien, 8. März. (Eig. Funtbericht.) Bundeskanzler Seipel hat im Hauptauschuß des österreichischen Nationalrats über das weltpolitische Echo der deutschen Kundgebungen in Südtirol berichtet. Der Zweck der Kundgebungen, die die Weltöffentlichkeit für die politische Unterdrückung der deutschen Minderheit in Südtirol interessieren, sei voll erreicht worden. Es liege nun an Italien, aus der Stellungnahme der Weltpresse keine Schlüsse zu ziehen. Von österreichischer Seite sei vorläufig keine weitere Behandlung der Südtiroler Frage geplant. Der Wortlaut der Rede Mussolinis gebe keine Veranlassung, die Diskussion über Südtirol wieder aufzunehmen, um so weniger als Mussolini auf die konkreten österreichischen Darlegungen überhaupt nicht eingegangen sei. Alle Parteien, auch die Opposition, haben den Bericht des Bundeskanzlers zur Kenntnis genommen und ihre Zustimmung zur Haltung der Regierung in der Südtiroler Frage ausgesprochen.

Italien ratifiziert die Locarnoverträge.

Rom, 8. März. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Erlass mit Gesetzeskraft, durch welchen die am 16. Oktober 1925 in Locarno unterzeichneten Abkommen zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien ratifiziert werden.

Neuer Wahlsieg der englischen Liberalen.

London, 7. März. (Eig. Drahtbericht.) Die am Dienstag erfolgte Nachwahl in St. Joes (Cornwall) endete mit einem Sieg der liberalen Kandidaten über die Konservativen, welche den Wahlsitz bisher innehatten. Es handelt sich hier um den vierten liberalen Sieg seit den Neuwahlen.

Massenmord in China.

Von Tang-Deangli.

Die jüngste Entwicklung der nationalen chinesischen Revolution muß naturgemäß alle mit Enttäuschung erfüllen, die in der Wächtergreifung der Kuomintang nicht nur das Ende der ausländischen Herrschaft in China, sondern auch das Ende der militärischen Mißregierung sahen. Allgemein herrschte damals das Gefühl, daß die destruktive Ära der Revolution bald der Geschichte angehören würde und der Wiederaufbau Chinas auf demokratischer und sozialistischer Grundlage in Harmonie und Frieden beginnen könnte. Ja, das Bestreben der chinesischen Nationalbewegung war derartig, daß selbst die mächtigsten imperialistischen Mächte sich zu weitgehenden Konzessionen bereit zeigten. Großbritannien kapituliert vor Kanton und Hankau; auch Japan wagte nicht, für die Verschimpfung seiner Flagge in Hanking, wie es sonst in diplomatischen Leben üblich ist, Genugtuung zu fordern. Alle beschränkten sich darauf, an einer inneren Spaltung der Nationalpartei zu arbeiten, bis plötzlich der Wendepunkt kam.

Die chinesischen Kaufleute, Fabrikanten, Bankiers und Grundbesitzer, die bisher ausschließlich der Nationalbewegung ihre Unterstützung gewährt hatten, rebellierten gegen den wachsenden Einfluß der chinesischen Arbeiter und Bauern, indem sie die Nationalbewegung gegen die Kuomintang-Regierung unterstützten. So vermochte Dschiangtschaj, gestützt auf den rechten Flügel der Kuomintang, eine eigene Regierung in Hanking einzuleiten und eine Herrschaft des Terrors gegen die Arbeiter Schanghai und die Bauern der unter seiner Herrschaft befindlichen Provinzen zu proklamieren. Die Gewerkschaften, denen Dschiangtschaj die Eroberung Schanghai zu verdanken hatte, wurden aufgelöst, ihre Führer hingerichtet und hunderte von Studenten unter dem Vorwand, zu den Kommunisten zu zählen, zum Tode verurteilt. Im Juli folgten die militärischen Führer von Wuhan dem Vorbilde Dschiangtschajs. Ein Regiment des Schreckens breitete sich über ganz China aus. Wang Tsching-Wei, Sun Fo, T. B. Sung verließen, ihren Einfluß im Sinne der Mäßigkeit einzubringen, aber sie vermochten die Militärs nicht zur Wehrmacht zu bringen. Eugen Tschien, der frühere Außenminister, und die Witwe Sun Yat Seng, des Schöpfers der chinesischen Nationalbewegung, heides keinesfalls Kommunisten, traten von der Regierung zurück, angeekelt von dem Verrat, der an den Grundfäden Sun Yat Seng verübt wurde. Auch die Kommunisten und kommunistisch eingestellten Mitglieder der Regierung von Wuhan verschwanden von der Bildfläche.

Inzwischen war die Wiedervereinigung zwischen den Regierungen von Wuhan und Hanking erfolgt. Die Nationalbewegung schien neue innere Kraft zu sammeln. Schang-Ho-Lins Stellung in Peking wurde unsicher und der Fall der Hauptstadt des Nordens schien unmittelbar bevorzustehen. Dschiangtschaj, der infolge seiner terroristischen Regierungsweise und seiner diktatorischen Finanzpolitik sowohl bei den Arbeitern als bei den Bürgern in Ungnade gefallen war, mußte ab danken. Aber kaum war er verschwunden, als der jünste kommunistische Staatsstreich in Kanton erfolgte. In seinen Auswirkungen stand er hinter dem weißen Terror anderer bolschewistischer „Revolutionen“, wie z. B. in Ungarn, nicht zurück. Binnen wenigen Tagen wurden tausende von Arbeitern hingerichtet; der Kuomintang angehörige Intellektuelle, die an Sun Yat Seng Lehre von der Zusammenarbeit mit den arbeitenden Massen fehlten, wurden als Kommunisten und Kontrevolutionäre behandelt und mißhandelt. Die Folge war, daß der Militarismus wieder neuen Zulauf erhielt und die kommunistische Herrschaft trotz Unterstützung durch Sowjetrußland bald ihr Ende erreichte. Wie früher herrscht jetzt wieder eine kleine egoistische Clique. Außer Tausenden von Toten ist das mit der weltlichen „Erfolg“ der von Moskau aufgeschwungenen kommunistischen Nationen und Verräter an ihrer Klasse. Sie allein haben Schuld, wenn nunmehr von den in dem Programm der Kuomintang enthaltenen Versprechungen über eine Besserung der Wirtschaftslage der arbeitenden Massen und über soziale Reformen nicht mehr die Rede ist. Die blutige geschaffenen Anfänge einer Demokratie in China sind vernichtet. Dank der Kommunisten ist an ihre Stelle die Diktatur einiger Generale getreten.

Die unmittelbare Perspektive, die sich unter diesen Umständen für China eröffnet, ist äußerst unerschmeißlich. Entschieden zur Verwirklichung der chinesischen Freiheitsbewegung ist dennoch nicht gegeben. Das Tragische an der Situation ist nur, daß jetzt nicht allein die Kommunisten, sondern auch die Kämpfer gegen den Imperialismus und gegen den Militarismus für den kommunistischen Wahnsinn hüben müssen. Die alten Wähler, deren Namen mit dem Aufstieg der Kuomintang in der Geschichte immer verzeichnet werden müssen, sind fast restlos im Zustand oder über keine politische Tätigkeit mehr aus. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß dieser Zustand länger währen wird; denn die Reaktion in China, so sehr sie im Augenblick auch loben mag, kann nur eine Uebergangsperiode darstellen.

gegen Schnupfen
Forman Wirkung fraglos!

durch den Schilddrüsenmangel der Arbeiter, hat mit ihrer ungenutzten Kraft den Kapitalismus zu erledigen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. März 1928.

Groß Breslau.

Das Gesetz über die Breslauer Eingemeindung ist unter Nach und Nach. Nun fehlt es unserer Stadt nicht an Raum, weder für den Wohnbau, noch für die Ansiedlung neuer Industriezweige. Auf dreißig Jahre löst sich die weitere Entwicklung im Voraus bestimmen und beeinflussen. Noch zu keiner Zeit war Breslauer Stadtverwaltung in der gleichen glücklichen Lage, die Wohle der Bürgerschaft Vorkehrungen auf so weite Sicht treffen zu können. Damals, als unter dem Dreiklassenwahlrecht ein städtisches Junktum Landtag, Kreistag und Landgemeinden beherrschte, war man nur darauf bedacht, die natürliche Entwicklung zu hemmen. In den Städten wohnten ja doch Sozialdemokraten, und diese konnten samt ihrem Nachwuchs ruhig verkommen. Nur die Steuerleistungen der Städte wußte man sich wohl zunutze zu machen, um selbst keine Steuern zahlen zu brauchen. Dafür war die liberale Großstadtpolitik in engerer Weise darauf bedacht, ja nicht etwa die Nachbarorte an irgendeiner fortschrittlichen Einrichtungen teilnehmen zu lassen. Man glaubte notwendige Eingemeindungen am besten nachher vorbereiten zu können, daß man den Vororten Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehrseinrichtungen verweigerte, zugleich aber durch Landerwerb auf fremdem Gebiet störend, in die Eigenentwicklung der Vororte eingriff. Die Revolution führte nicht sogleich einen Wandel in diesen „altbewährten“ kommunalpolitischen Kampfmethoden herbei. Draußen glaubte man, daß Breslau seine Vororte nur „zum Fressen gern“ habe, um sich selbst zu nützen, nicht aber, um auch der Bevölkerung da draußen irgendwelchen Nutzen zu bringen. Der Sozialdemokratie allein ist es zu verdanken, wenn in Stadt und Land mit den alten Anschauungen und Methoden gebrochen und einer gesunden Politik zum Wohle aller die Wege geebnet wurden. Eigentlich hätten gestern auf allen städtischen Gebäuden rote Fahnen neben den Symbolen der republikanischen Verfassung wehen sollen, denn die Breslauer Eingemeindung ist das stolze Werk der Sozialdemokratie. Deutschnationale und Kommunisten haben in gewohnter Brüderlichkeit die Eingemeindung nur zu stören versucht. Das Zentrum hat vor allem berechnet, ob sein Einfluß auf dem Breslauer Rathaus durch die Eingemeindung nicht geschwächt wird und die Demokraten haben zwar die Eingemeindung gewollt, sie aber durch ihre „altbewährte Taktik“ wahrhaftig nicht herbeigeführt.

Weit hinaus dehnt sich vom 1. April ab Groß-Breslau. Im Westen erfährt der Bahnreisende jetzt in Deutsch-Lissa, daß der Zug auf Breslauer Gebiet eingefahren ist, und im Norden zählen die Bewohner der Stadt Hundsfeld nun zu den Bürgern von Breslau. In der Statistik erscheint Breslau künftig nicht mehr als die Stadt der größten Raumnote, als die Stadt mit der größten Einwohnerzahl auf den Hektar, trotzdem werden wir weiter in Glendörfern hausen. Das Werk der Eingemeindung, auf das unsere Partei stolz sein darf, wird sich erst in zwei Jahrzehnten richtig auswirken anfangen. Die Größe der bevorstehenden Aufgabe wird erst klar, wenn man bedenkt, daß 130 000 Menschen aus dem heutigen Breslau hinausgeschafft werden sollen, daß ihre heutigen sogenannten Wohnungen zum Abbruch kommen sollen, um auch die alte Stadt räumig und gesund zu gestalten. Diese Riesenaufgabe erfordert zunächst ganz gewaltige Mittel, und wo sie herkommen sollen, weiß kein Mensch, solange Herr Schacht der Reichsbank vorsteht. Die preussische Regierung, an deren Spitze Genosse Braun steht, und so als Nachfolger des Genossen Severing der Genosse Erzberger das Innenministerium verwaltet, hat ihre Pflicht getan, das Weitere liegt beim Reiche. Ohne Sturz der städtischen Regierung von Junkern und Schlotbaronen ruht uns die ganze Eingemeindung nichts. Mit unserem Gas- und Straßenbahn-

großen können wir die großen Aufgaben nicht lösen; hier sind in erster Reihe Anleihen nötig, zu deren Tilgung auch in zwanzig und dreißig Jahren noch diejenigen beitragen können, die den großen sozialen und gesundheitlichen Nutzen der Eingemeindung haben werden.

Zugleich heißt es, unsere Partei auf dem Breslauer Rathaus bei den Wahlen zu stärken, die im Juni stattfinden müssen. Wir müssen uns einen starken Einfluß auf die künftige Gestaltung des Eingemeindungsgebietes sichern. Wohnviertel für Reiche und für Arme, man denke an Kleinburg und Wöpelwitz, darf es künftig nicht mehr geben, alle Wohngegenden sind vielmehr gleichmäßig auszustatten. Der demokratische Zug unserer Zeit muß sich in erster Linie auch dahin auswirken, daß allen der gleiche Anteil an Luft und Sonne zuteil wird.

Der Umfang der Eingemeindung.

Nachdem das Gesetz über die Erweiterung des Stadtgebietes Breslau im Landtage angenommen wurde, und am 1. April in Kraft tritt, geben wir nachstehend noch einmal die Gemeinden und Gutsbezirke bekannt, die nun zu Breslau kommen:

- I. Folgende zum Landkreis Breslau gehörigen Landgemeinden und Gutsbezirke oder Teile von solchen:
1. Die Landgemeinden Klein Gaudau, Götzschmieden, Grün-eiche, Hartlieb, Herrnpotisch, Carlowitz, Rofel, Rawallen, Friede-walde, Krietern, Ostenthal, Maria-Höfchen, Klein Moßbern, Dswitz, Ottwitz, Pilsowitz, Kolenthal, Schmiedefeld, Schwoitsch, Stabelwitz, Groß Tschansch und Klein Tschansch;
2. die Gutsbezirke Barthelm, Bischofswalde, Götzschmieden, Hartlieb, Herrnpotisch, Rawallen, Maria-Höfchen, Dswitz, Ottwitz, Pilsowitz, Rischam, Kolenthal, Schmiedefeld, Schwoitsch, Stabel-witz, Wilhelmstruß, Jedlitz und Zimpel;
3. die Gemeinde- und Gutsbezirke Groß- und Klein-Massel-witz mit Ausnahme der nördlich der Oder gelegenen Teile, welche mit der Landgemeinde Namern vereinigt werden, sowie der Gemeinde- und Gutsbezirk Neutirch, ersterer mit Ausnahme der südlich des Groß Moßbergr Strachwitzer Weges gelegenen Teile, die mit der Landgemeinde Groß-Moßbern vereinigt werden;
4. die nördlich der Umgehungsbahn gelegenen Teile der Landgemeinden Ostschin und Weichwitz, die zum Postgutsbezirk Kottwitz gehörige Strachate und einige Parzellen der Land-gemeinden Mittenbach, Draehnbäum, Randschütz, Pohlmannwitz und Schottwitz, sowie des Gutsbezirkes Schottwitz;
II. folgende zum Landkreis Neumarkt gehörigen Landgemeinden und Gutsbezirke:
1. die Landgemeinden Deutsch-Lissa und Rathen;
2. die Gutsbezirke Deutsch-Lissa und Rathen, der erstere mit Ausnahme einiger Parzellen, die mit dem Gutsbezirk Muedrau vereinigt werden.
III. Die Stadtgemeinde Hundsfeld sowie, mit Ausnahme einiger Parzellen, der Gutsbezirk gleichen Namens, beide zum Landkreis Dols gehörend.



Die Städtische Sparkasse zu Breslau hat im Jahre 1927 eine Steigerung des Spareinlagenbestandes von 30,65 auf 45,15 Millionen Mark erfahren; einschließlich der Aufwertungs Spareinlagen erreicht das Sparkapital am Jahres-schluß die Summe von 55,3 Millionen Reichsmark. Die Zahl der Sparbücher ist von 75 000 auf über 108 000 gestiegen. Die Verkehrs-ziffern der Spareinlagen überragen erstmalig die Höchstziffern der Vorkriegszeit; es haben 767 000 Sparabfertigungen stattgefunden, gegen 577 000 im Vorjahre. Der Spareinlagenumsatz mit 120,7 Millionen Reichsmark ist um 26,5 Prozent erhöht.

Ein Heilkundiger unter der Anklage der fahrlässigen Tötung.

Ein nicht alltäglicher Prozeß beschäftigte am Dienstag den ganzen Tag über die Große Strafkammer. Das Große Schöffengericht hatte am 5. November v. J. den Magnetopaten Ernst Rikmann wegen fahrlässiger Tötung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte sollte dadurch den Tod des 51-jährigen Fräulein Gertrud Berg verurteilt haben, daß er sie veranlaßt hatte, Injulin zu nehmen, die sie gegen ihre Zuckerkrankheit bekam, wegzulassen. Fräulein G. litt schon einige Jahre an Zuckerkrankheit; sie war in der Medizinischen Klinik der Universität mit Injulin und Synthalin behandelt worden. Auf irgend eine Empfehlung hin hatte sie am 9. März v. J. Rikmann aufgesucht, um sich von ihm weiter behandeln zu lassen. Rikmann soll, nach der Behauptung der Anklage, das Fräulein G. aufgefordert haben, die Injulininjektionen fortzulassen. Er selbst behandelte sie dann mit Injulin, Komplex, Tausendguldenkraut und mit magnetischen Bestrahlungen. Am 11. März sah er die Patientin nochmals, am 14. März verstarb sie plötzlich. Der plötzliche Tod gab die Veranlassung, gegen R. das Verfahren wegen fahrlässiger Tötung einzuleiten. Zu der Verurteilung am Dienstag waren sechs Sachverständige geladen; von diesen gehörten drei zu den Angehörigen der Naturheilkunde. Der Angeklagte hat bei seinem Vater, der Heilkundiger in Halle war, die Heilkunde erlernt. Eine Prüfung hat er nicht abgelegt. Wie er sagt, hat er auf einen Titel keinen Wert gelegt, was wohl aber nicht richtig gewesen sei. Er übt die Heilkunde selbständig seit dem Jahre 1915 in Breslau aus und wie er betonte, hat er während dieser Zeit eine große Anzahl Zuckerkranke behandelt. Er bestreitet, daß er dem Fräulein G. die weitere Injulinbehandlung verboten habe, er hätte ihr vielmehr gesagt, sie solle weiter in ärztlicher Behandlung bleiben, er werde sie trotzdem noch nebenher behandeln. In der Medizinischen Klinik war die Patientin vorher von Dr. Motzmann behandelt worden; er hatte mit den Injulininjektionen bei der Patientin, trotz der Schwere der Krankheit, gute Erfolge zu verzeichnen. Als er dann am 14. März v. J. plötzlich zu der Kranken gerufen wurde, fand er diese in völliger Bewußtlosigkeit, so daß er die sofortige Ueberführung in die Klinik anordnete. Mit Hilfe von Injulininjektionen wurde die Patientin dann auch wieder ins Bewußtsein zurückgerufen, doch starb sie bald an Herzschwäche. Diese plötzliche Verschlechterung könne nur darauf zurückgeführt werden, daß ihr die Injulininjektionen entzogen wurden, wodurch die Stoffwechsellage sich stark vermehrte und so auf das Herz schädigend wirkten. Auch Dr. Sabaß, der zuerst zu der Kranken gerufen worden war, führte den Tod zweifelslos auf die Weglassung des Injulin zurück. Professor Dr. Pierucki hat die Werturteile obduziert. Danach war die Todesursache auf ein Verlangen des Herzens zurückzuführen, das wiederum seine Ursache in der Ausbreitung der Stoffwechsellage hatte, die hervorgerufen wurden durch Aussetzung des Injulin. Dem Angeklagten sei insofern eine Schuld zugemessen, als er die Behandlung der Patientin hätte ablehnen müssen, weil er nicht über die entsprechenden Kenntnisse verfügte. Die Aussetzung des Injulin mußte den Tod der Frau zur Folge haben. Anderer Ansicht waren die drei Sachverständigen von der anderen Fakultät. Sowohl Dr. Hein als auch Dr. Steckmeß sind nicht Anhänger der Buchwissenschaft, sondern sie ziehen ihre Wissenschaft aus der Erfahrung; danach sei Injulin nicht so unbedingt zur Heilung der Zuckerkrankheit notwendig. Zuckerkranke seien auch schon ohne Injulin geheilt worden und stattdessen stehe fest, daß auch die Hälfte der mit Injulin behandelten Zuckerkranke sterben. Der Angeklagte könne nicht für den Tod der Frau verantwortlich gemacht werden, schuld daran sei vielmehr das überanstrengte Herz der Frau. Der weitere Sachverständige Dr. Hammer-Berlin schloß sich im wesentlichen der Ansicht der beiden letzten Sachverständigen an und meinte, daß die Patientin selbst das Risiko tragen müsse, wenn sie nach jahrelanger Behandlung den Arzt wechselte. Im Laufe der sehr interessanten Verhandlung plakten die gegenteiligen Meinungen zwischen Verzan und Naturheilkundigen oftmals scharf aufeinander. Ausschlaggebend für den Ausgang des Prozesses war jedoch festzustellen, ob der Angeklagte die Patientin tatsächlich veranlaßt hatte, die Injulininjektionen abzusetzen. Eine Anzahl Zeuginnen, die die Verstorbene genau

Jad London-Abend.

Ein ausserordentlich geistiger Genuß wurde am Mittwoch abend der Besuchergemeinde unserer Singsabendeveranstaltungen geboten. Der bekannte Schauspieler Alfred Beierle machte die Eröffnungen durch Vortrag, Lichtbilder und Vorlesungen mit dem Leben und den Werken des sozialistischen Dichters Jad London bekannt. Mit fünf Jahren trug Jad Zeitungen aus, mit sechs Jahren wurde er von belovenden Hafenarbeitern mit Schnaps belohnt, der später sein Dämon wurde. Sein zweiter Dämon war das Nikotin, täglich rauchte er hundert bis hundertfünfzig Zigaretten, beides zusammen die Ursache eines frühen Todes. Sein Lebensweg führte durch die untersten Schichten des Proletariats, bis ein Zufall seine dichterische Begabung zutage förderte. Ganz unerhört ist der Umfang seines Schaffens und auch sind keine literarischen Erfolge. Was er schrieb, waren Zehntausende tiefergestimmte Eindrücke von Natur und Menschensdramen. Lichtbilder zeigten den Dichter in den verschiedenen Lebensaltern. Neben das Meer und die Landschaften, wo seine Erzählungen spielen. Im Anschluß las Beierle aus Jad Londons Werken vor. Er sagte, die seine tiefe Liebe zu Mensch und Tier, zu allem, was sich quält und unterdrückt wird, erkennen ließen. Dazu die unverwundlichen Selbstkenntnisse, wie er sich als Bagabund durchs Leben lag, und der Posten manch Schnippchen schlug, das alles so frech und schmissig, daß man denken möchte, Jad, lebst beständigst du auch deine Welt. Zuletzt folgte die erschütternde Erzählung aus dem Buch: „Der Sohn des Wolfes“, das die „Schweigen“, die das hilflose Kriechen der Goldgräber in den Eiswäldern Alaskas schildert. Und Alfred Beierle, der sich so liebevoll in Jad vertiefte, versteht es, durch die reichen Mittel seiner Stimme und seiner Geste das Geschriebene lebendig zu machen. Der Feinfall, den er fand, war aufrichtig und wohlwollend. Seit Jad London, und seit ihn so, wie Beierle ihn las, das möchten wir allen Besuchern unserer Singsabende nachdrücklich noch empfehlen.

Stadt-Theater.

„Lohengrin.“ Wiederum fand ein fremder Gastritter auf unserer Bühne. Es scheint, daß Herr Gustav Wünsch vom Dortmunder Stadttheater mit einigen Einschränkungen den Anforderungen, die wir an den inredlichen Heldentenor stellen müssen, entspricht. Wennfalls er von den eifrigsten Wagner-Freunden, die sich hier

färhtes, sehr bewegliches, umfangreiches Organ besitzt alle Aus-sichten, auch an Durchdringungskraft über den gegenwärtigen, schon recht annehmbaren Stand hinauszukommen. Der Gast hat sich eine musikalisch geistige, rezausprachlich und deklamatorisch gediegene, von innen her belebte Gesangskunst angeeignet, der empfehlende äußere Eigenschaften und Anlage eines logisch durch-gedachten Spiels entgegenkommen. Die Klimatechnik hat jedoch noch der letzten Entwicklung, es ist aber auch möglich, daß sich die nur zeitweilig erschienenen ungetrübten Einschnitte aus der Befangenheit des ersten Auftretens im fremden Ensemble erklären. — Rose Fichtinger half als Elsa aus; diesmal wirkte sie noch günstiger als neulich im „Tannhäuser“, da die Partie ihrem Naturell besser entspricht. W. S.—der.

Werttag und Arbeitergesang.

Die Seele sinkt in sich selbst zusammen, wenn nicht edle Kunst, große Monumente, erhebende Gesänge unseren dichterischen Geist beleben. (Germaine von Staël-Holstein.) Woche an Woche reißt sich, Jahr an Jahr, unaufhörlich wiederholt sich der eintönig-gleich verlaufende Arbeitstag des Werttätigen, der wohl den Einfluß seiner Kräfte fordert, aber ihm niemals die Freude des alten Handwerks, die Freude am Gelingen, am Aufbau des eigenen Wertes erleben läßt. Entpersönlicht unsere Arbeit, in der wir uns selbst nicht mehr finden und ausdrücken können; denn mechanisch sind die Griffe geworden, die wir am „laufenden Band“ zu verrichten haben. Wir werden Käser, Hebel, Arme eines Uhrwerks, dessen Ganzes wir oft nicht übersehen, in dessen Aufbau wir einbezogen werden als lebende Glieder einer Maschine. Aber je einseitiger unser Tagewerk verläuft, um so größer und ungestümer wird unsere Sehnsucht nach Erlebnissen, die uns über den Alltag tragen, unser Empfinden heigern, unseren inneren Menschen erfassen und beschwingen und mit dem Willen zu eigenem Gestalten neue Kraft und Lebensfreude in uns erwecken. Wenn der Arbeitstag zu Ende geht, dürfen wir uns endlich wieder selbst gehören. Je nach Veranlagung werden wir unsere Freizeit nützen. Tausende huldigen dem Sport oder suchen Unterhaltung. Die Arbeiterkassette, die für künstlerische Bestrebungen Interesse zeigt, findet sich in den Volkshäusern, und will sie sich künstlerisch ausübend betätigen, in den Sprechstunden der Arbeiterkassette und nicht zuletzt in den Arbeiter-Gesangs-

Die Liebe zur Musik ergreift weite Kreise des werktätigen Volkes. Die Pflege der Hausmusik, soweit sie künstlerische Ziele verfolgt, wurde abgeloßt durch Singen und Musizieren in unseren Arbeiterchören. Es wird in Deutschland nicht allzu viele Orte geben, die noch keinen Arbeiterchor besitzen. Erfreulicherweise finden wir gerade in Kleinstadt und Industriedort Volkshöre, die künstlerisch durchaus beachtliche Arbeit leisten, die von einem vorbildlichen Geist bezeugt, über die politischen Gegensätze der Arbeiterkassette hinweg, Kind, Jungvolk, Mann und Frau zur proletarischen Erziehungs- und Bildungsarbeit hinführen. In den Chören der Arbeiterkassette wird der einzelne als vollwertiges Glied eines größeren Ganzen gewertet. Wohl ist er auch hier nur ein Teil des Ganzen, das sich einzureihen hat, doch nimmt er nachschaffend am Gesamtaufbau eines Liedes, eines größeren Chorwerkes, das in den Konzerten seiner Sängergemeinschaft aufgeführt werden soll, teil. Er kennt sich aus. Aus dem innersten Kern heraus sieht er das Werk entstehen; ihm ist er verbunden, mit ihm verwachsen; ein Teil des Schöpferglaubens, das der Künstlerisch Schaffende empfinden mag, wird auch ihm gegeben. Und was man in oftmals anstrengender Vorbereitungszeit sich erarbeitet, sich erlangen hat, das darf man seinen Arbeitsbrüdern und -schwestern schenken; wir öffnen ihnen den Zugang zu einer schöneren, freieren Welt. Vor der breitesten Öffentlichkeit wollen die deutschen Arbeiterchöre Zeugnis ablegen dafür, daß sie ihre Arbeit ernst nehmen und ihre gesungene Betätigung ernst genommen wissen wollen. Die Arbeiterkassette wird ein Fest begehen, dem heute bereits von weitesten Kreisen mit Interesse und Spannung entgegengekehrt wird. Arbeiterkassette und Arbeiterkassette, Freunde des deutschen Arbeitergesanges! Wir erwarten, daß ihr in den Juni-tagen dieses Jahres auch zu uns gesellt! Es ist nun an der Zeit, daß ihr uns laßt und laßt! Ihr kommen mit mir fühlen uns dem Deutschen Arbeiterkassettebund so stark verbunden, daß wir auch einmal größere Opfer aufzubringen uns nicht scheuen. An haben ist der Ruf gerichtet: Auf nach Hannover, zum ersten Bundesfest der deutschen Arbeiterkassette! Der 16., 17. und 18. Juni soll uns zu Zehntausenden in Hannover zusammenführen! Einer Woche Hammerschlag, einer Woche Häuserquader, jüttern noch in unsern Adern; aber keiner mag zu Kadern! Berlin, laßt die Sonntag!

Wirtschaft.

Das Messengeschäft.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)
Leipzig, 6. März. (Eigener Bericht.)

Der erfolgreiche Verkauf der Leipziger Messe, des größten Warenmarktes der Welt, ist von allgemeiner Bedeutung, weil die Konjunktur-Entwicklung durch ihn gewissermaßen untermauert wird. Durch eine Summierung von zahlreichen Einzelaufträgen, wie sie in Leipzig besonders auf der Frühjahrsmesse erfolgt, erhält die wirtschaftliche Entwicklung die notwendige Stabilität. Man darf nie vergessen, daß die Orders für einen wesentlichen Bruchteil unserer industriellen Produktion durch die Auftragsbücher der Warenaussteller in Leipzig läuft. Die vor einiger Zeit mit Hilfe des Instituts für Konjunkturforschung durchgeführte Erhebung über die Auswirkung der Leipziger Messe auf den Arbeitsmarkt hat uns auch zahlenmäßige Anhaltspunkte für den Zusammenhang zwischen Messe und Konjunktur-Entwicklung gegeben. Wir wissen heute, daß die über 10 000 Aussteller, die auf der Frühjahrsmesse 1928 in Leipzig vertreten waren, Aufträge im Umfange von mehreren Hundert Mill. Markt an Kaufende von kleinen Betrieben im Lande verteilten und sich die Arbeitsprogramme dieser Betriebe auf Monate hinaus auf geschäftlichen Dispositionen aufbauen, die während der Messetage in Leipzig getroffen worden sind. Der Leipziger Warenmarkt, an sich eine Angelegenheit des Handels, wird so eine große Energiequelle für unser wirtschaftliches Schaffen und erhält damit höchste volkswirtschaftliche Bedeutung.

Wenn der Verkauf der Frühjahrsmesse 1928 als erfolgreich bezeichnet werden kann, so gilt das in erster Linie für die Produktionsmittel-Industrien. Vor noch nicht allzu langer Zeit war die technische Messe in Leipzig ein Anhängsel der Warenausstellung, der Warenmesse. In den letzten drei Jahren hat sich jedoch der Maschinenmarkt in den modernen und lüdn konstruierten Hallen am Völkerschloß-Denkmal zu einem selbständigen Wirtschaftszentrum entwickelt. Die Entwicklung ist der Ausdruck großer wirtschaftlicher Impulse, die seit Jahren die Industrieländer Europas zu einer Umstellung ihrer Produktionsmittel-Industrie, zu einer Steigerung der Produktivität treiben. Nicht nur die Wirtschaftsgeschichte eine derart gigantische Ausdehnung der Maschinenparks erlebt, wie sie sich augenblicklich vor unseren Augen vollzieht. Man konstruiert heute Dieselmotoren mit einer Kraftleistung, die man noch vor Jahren für unmöglich hielt und als Phantasieerei bezeichnet hat. Die Werkzeugmaschinen-Industrie liefert Giganten von Fräsmaschinen in einer Länge von 25 Metern. Der Markt aber, wo der Maschinenhunger des Nationalisierungs-Zeitalters befriedigt wird, ist Leipzig. Der Verein der Deutschen Maschinenbauindustrien hat allein mit seinen Ausstellungsobjekten in Leipzig drei Riesenhallen belegt. Die Produktionsmittel-Industrien dürften auch in Leipzig das weitest gehende Geschäft gemacht haben. Sie können große Auftrags-eingänge buchen und werden damit ohne Zweifel die höchsten Umsätze der letzten drei Monate bemerkbar machende Stagnation überwinden. Die in vielen Fällen einfach beispiellosen Erfolge deutscher Technik, zum Beispiel die gezeigten hochtourigen Einbaumotoren, die ganze Schiffschiff mit ihren neuen Hochspannung- und Schnellaltern, die Installations- und die ungläublichsten Variationen machen den Leipziger Markt zu einer Einrichtung, auf die auch vor allem das Ausland angewiesen ist. Der starke Abfluß von Halbautomaten und Automaten beweist schließlich, daß die von den Unternehmern in letzter Zeit aufgestellte Behauptung, die Mechanisierung in Deutschland sei abgeschlossen, den Tatsachen nicht entspricht.

Schönere Bedeutung verdienen auch die Meisterwerke der elektrotechnischen Industrie, und zwar im Zusammenhang mit den augenblicklichen drehenden Arbeitstämmen. Der Beschäftigungsgrad dieser Industrie, der sich in der letzten Zeit in steilen Kurven nach oben entwickelt hat, ist durch die in Leipzig vereinigen Aufträge für längere Zeit gesichert. Die Elektrowirtschaft kann nach den glänzenden Zeugnissen 1928 und 1927 ein weiteres erfolgreiches Geschäftsjahr erwarten, falls ein engjähriges Schicksal über sie diese Hoffnungen nicht durch Auslieferungsexperimente usw. vernichtet. Ein größerer Arbeitslosigkeits in der elektrotechnischen Industrie bedeutet Verzicht auf umfangreiche Auslandsaufträge, Abdrückung der derzeitigen Konjunktur, ohne daß eine Notwendigkeit dafür vorliegt; denn die von den Arbeitern verlangten Lohnerhöhungen sind angesichts der guten Geschäftslage der Elektrowirtschaft fraglos. Das ist auch die Auffassung des verantwortlichen Leiters der Unternehmung. Hoffentlich gelingt es ihm, über die von dem Siemensdirektor Roeringer geführten schmerzhaften Verhandlungen den Sieg davonzutragen.

Unter den Fertigwarenindustrien, die auf der Leipziger Messe ihre Waren ausgestellt haben, hat allem Anschein nach die Textilindustrie am besten abgeköhnt. Die sächsischen und auch die rheinischen Fabriken nahmen zahlreiche große Aufträge herein, so daß sie ebenfalls für Monate mit Arbeit versehen sind. Die Fabrikanten aus Böhmen (Süden usw.) sind auch von dem Verlauf der Messe wohl befriedigt. Das Gleiche gilt für die Münchener-Glabacher Aussteller, die ein gutes Geschäft in Kaufwaren zu verzeichnen haben. Dieses gute Geschäft hat eine bescheidene Vorgeschichte. Im vorigen Jahre konnten die deutschen Textilfabriken infolge der glänzenden Konjunktur ihren ausgegangenen Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachkommen. Das hat die Einkäufer diesmal veranlaßt werden lassen; sie haben bereits jetzt Bestellungen auf Winterware aufgegeben. Zweifelloser Dipantier der Kleinfabrikanten gegenüber infolge der immerhin kümmerlichen Kreditverhältnisse äußerst vorsichtig und gibt möglichst kleine Orders. Der so entweichende Absatz wird aber durch die bereits erhaltenen Bestellungen auf Winterware ausgeglichen. Im Hinblick auf den Erfolg der Leipziger Textilmesse dürfte kaum zu bekennen sein, daß die Textilkonjunktur im Jahre 1928 gegenüber der glänzenden Entwicklung im Vorjahre zurückgefallen

wird. Schlechter war das Geschäft auf der Möbel-Messe. Auch das Verpackungsgewerbe behauptet, daß der Umsatz diesmal kleiner war als im Vorjahre. Dafür hat aber die Lederindustrie große Umsätze zu verzeichnen. Auch die Gemüsen- und Obstkonservenindustrie, der Kolonialwaren- und Landesproduktenhandel, die Spirituosen- und Likörbranche, weiter das Süßwarengewerbe und die Seifenindustrie leben ihre in den Verlauf der Leipziger Frühjahrsmesse gesetzten Hoffnungen erfüllt.

Im allgemeinen ist also der Verkauf der Messe durchweg als erfolgreich zu bezeichnen. Sie kann trotzdem nicht ganz befriedigen, weil das Exportgeschäft nicht so ausgefallen ist, wie man das gern gesehen hätte. Exportaufträge konnte vor allem die Maschinenindustrie erzielen; auch die Textil-, die Porzellan-, die Spielwaren- und Musikinstrumentenindustrie haben in Leipzig größere Geschäfte mit dem Ausland abgeschlossen. Im Grunde genommen bahrt jedoch der Erfolg der Leipziger Frühjahrsmesse auf den Aufträgen der Inlandwirtschaft, während es den ausländischen Ausstellern, besonders den englischen Textilfabrikanten, gelungen ist, Auslandsware auf der Leipziger Messe in größerem Umfang als je abzuleben. Augenscheinlich haben wir unter Einfluß des Konjunkturjahres 1927 das Auslandsgeschäft vernachlässigt. Notwendig erscheint uns jedenfalls, den Abfluß deutscher Ware nach dem Ausland in Zukunft planmäßig zu forcieren. Voraussetzung dafür ist aber, daß die deutsche Wirtschaft von einer allgemeinen Erhöhung der Leistungskosten, die sich zum Beispiel aus den vom Reichslandbund geforderten politischen Verschärfungen unbedingt ergeben muß, verschont bleibt.

Sozialbelastung der Landwirtschaft.

Fällige Agrarzahlen.

In der Debatte der Großkammer gegen die Arbeitslosenversicherung spielt die Frage der Sozialbelastung der Landwirtschaft eine besondere Rolle. Auch auf der Vortagung des Deutschen Landwirtschaftsrates, die in diesen Tagen in Berlin stattfand, wurde besonders arg über die sozialen Lasten in der Landwirtschaft geredet. So erklärt der Rittergutsbesitzer Vogel-Fang-Ebersbach (nach der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 92), die Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe durch Sozialversicherungen habe nach den Berechnungen der Buchstelle der Landwirtschaftskammer Dresden im Jahre 1913: 8,70 Mark pro Hektar, im Jahre 1925 gleich 19,12 Mark, dagegen im Jahre 1927 gleich 26,30 Mark pro Hektar betragen.

Zahlen machen sich in der Bemeisführung immer gut, aber sie müssen richtig sein. Wie steht es mit den Agrarzahlen über die Sozialbelastung der Landwirtschaft? Für ihre Prüfung sind die Feststellungen von Bedeutung, die der Enquete-Ausschuß und das Preussische Landwirtschaftsministerium über die auf den Hektar landwirtschaftlich genutzten Flächen entfallenden Soziallasten getroffen haben. Die Feststellungen des Preussischen Landwirtschaftsministeriums in dem neuesten Bericht über das finanzielle Ergebnis der staatlichen Selbstverwaltung stehenden Domänen zu finden.

Feststellungen des Enquete-Ausschusses:

Gegenstand und Betriebsart:	Betriebsgröße Hektar	Wirtschaftsjahr	Sozialversicherung:	Prozent des Wirtschaftsaufwandes:
Obpreußen:	10-50	1924/25	2,00	0,9
		1925/26	3,00	1,3
		1926/27	4,00	1,4
Getreidewirtschaften auf mittl. und großem Boden	über 100	1924/25	3,00	2,0
		1925/26	5,00	1,9
		1926/27	6,00	3,0
Schleßen:	5-20	1924/25	5,00	1,0
		1925/26	8,00	1,6
		1926/27	6,00	1,5
Getreidewirtschaften auf mittl. Boden	50-100	1924/25	12,00	2,9
		1925/26	10,00	2,5
		1926/27	14,00	3,0
über 200	über 200	1924/25	14,00	2,7
		1925/26	17,00	2,6
		1926/27	20,00	4,0

Aus den Feststellungen des Preussischen Landwirtschaftsministeriums ergibt sich: Soziallasten pro Hektar: Domäne Jargowitz 4,45 Mark, Domäne 3,08 Mark, Domäne Kragau 3,59 Mark, Domäne Hebbeln 3,86 Mark, Domäne Sperlin 4,41 Mark, Domäne Rendemar 7,40 Mark, Domäne Köpferhof 5,11 Mark.

Diese Feststellungen, die hauptsächlich von durch- aus einwandfreier Seite stammen, belegen doch etwas anderes als die Angaben des Rittergutsbesitzer Vogel-Fang-Ebersbach. Danach bewegt sich die soziale Belastung pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in einer Höhe, die ganz erheblich unter der Berechnung der Landwirtschaftskammer Dresden liegt. Zu beachten ist, daß in den Zahlen des Enquete-Ausschusses und des Preussischen Landwirtschaftsministeriums der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmeranteil enthalten ist. Aus diesem Grunde ist die Belastung der landwirtschaftlichen Unternehmer mit Sozialbeiträgen tatsächlich noch erheblich geringer, als sie in den von uns gebrachten Zahlen zum Ausdruck kommt.

Wir können uns nicht helfen, daß dem Rittergutsbesitzer Vogel-Fang-Ebersbach die Feststellungen des Enquete-Ausschusses und des Preussischen Landwirtschaftsministeriums unbekannt waren. Wenn er trotzdem festhält mit ungehörigen Feststellungen der Buchstelle der Landwirtschaftskammer Dresden kann schlag, dann kann er dabei nur die Absicht haben, zu übertrieben, um so die Verantwortlichkeit gegen den sozialen Fortschritt auf dem Lande zu verlagern.

Technik und Verwaltungsreform.

Gegen schematischen Abbau, für Beseitigung der Verlustquellen. Die Technik hat in den letzten Jahrzehnten einen ungeheuren Einfluß auf die Entwicklung des Staates und auf das Leben des einzelnen Staatsbürgers genommen. Ohne Technik im modernen Sinne des Wortes ist Wirtschaft und staatliches Leben nicht mehr denkbar. Die Technik der Nachrichtenübertragung fördert die Solidarität der Völker, ermöglicht den Warenaustausch über die Grenzen und schafft den Weltmarkt, den internationalen Kapitalaustausch. Unsere ganze Kultur ruht auf technischer Leistung, denn jede Beseitigung des Lebens und jede Verbesserung der Lebenshaltung wird nur durch eine gesteigerte Produktivität der Wirtschaftsmaschine, durch Technik möglich.

Deutschland ist nun das klassische Land der Technik. Es entwickelte durch sein Schulwesen usw. jenen Stamm von Spezialisten und Facharbeitern, die heute die Grundlage unserer Wirtschaft abgeben. Trotzdem hat dieses Land, Erbtel der alten wilhelminischen Bürokratie, eine Verwaltung, die so untechnisch wie nur möglich ist. In Preußen besteht heute noch immer ein Gelehrer vom Jahre 1906, das den Zugang von Ingenieuren zum Dienst in der sogenannten reinen Verwaltung ausdrücklich ausschließt. Vor nicht allzu langer Zeit sind von der Staatsregierung aus Richtlinien veröffentlicht worden, wonach der Techniker sich um die Verwaltung nicht zu kümmern hat. In Deutschland grassiert auch immer die Gelehrtheit des Mittelalters durch einen sogenannten reinen Verwaltungsbeamten, das heißt, durch einen Juristen. Das ist eine Einrichtung, die nicht zuletzt die Schwereffizienz der Verwaltung zurückzuführen ist. Außerdem ist geteilte Verantwortung überhaupt keine Verantwortung. Die Amerikaner kennen eine solche Auffassung eines Arbeitsgebietes in einem reinen Verwaltungsamt und einem reinen Fachteil, die dann von zwei Beamten, dem Fachbeamten und dem reinen Verwaltungsbeamten bearbeitet werden, überhaupt nicht. Sie halten diese Komplizierung der Arbeit mit allem Recht für eine Überorganisation. Die ganze Verwaltung in Deutschland ist heute zu wenig von technischem Geist erfüllt, das heißt nicht nach den Grundregeln moderner Technik darauf abgestellt, mit dem geringsten Einsatz von Mitteln den größten Erfolg zu erzielen.

Diesem Geist für die kommende Verwaltungsreform mußte zu machen, ist ein einmündiges Rundgebung, mit der der Reichsbund Deutscher Technik, dem auch der freigewerkschaftlich organisierte Bund technischer Beamten angehört, jetzt vor die Öffentlichkeit tritt. In dieser Rundgebung erklärt sich die deutsche Technik gegen einen schematischen Beamtenabbau, wie er durch die Regierung Luther durchgeführt worden ist. Heute liegt klar auf der Hand, daß die Lutherische Aktion ein Schlag ins Wasser war. Die damalige bürgerliche Regierung unterwarf sich durchaus der Auffassung der Landwirtschaft. Diese aber forderte Verringerung des Beamtenbestandes auf jeden Fall, also den schematischen Abbau des Personals, wie er ja auch von der Privatwirtschaft in ihren Betrieben vorgenommen wurde. In der Wirtschaft aber war der Abbau der Belegschaften mit einer Verbesserung der Arbeitsmethoden, mit einer technischen Leistung verbunden, deren Erfolg sich in einer Steigerung des Arbeitseffektes pro Kopf darstellte. Der Schritt von der Verringerung der Beamtenschaft zu einer technischen Verbesserung der Arbeitsmethoden wurde in der politischen Verwaltung jedoch nicht vollzogen, wodurch die Reform im Grunde genommen zwecklos verpuffte.

Demgegenüber ist die Technik der Auffassung, daß der Verwaltung von heute die Einstellung auf die Notwendigkeit ständiger Erfolgsüberwachung und die planmäßige Ausbildung geeigneter Erfolgsmessungen in objektiver Form fehlen. Da es der Technik vor allem auf die Beseitigung der Verlustquellen in den Instanzenweg ankommt, erscheint es ihr wichtig, den Staat vorerst weitgehend von Aufgaben, die ebenso gut an anderer Stelle getan werden können, zu entlasten, den verbleibenden Aufgabenteil im Wirkungsgrad des behördlichen Schaffens aber aufs höchste zu steigern. Diese Forderung bezweckt etwas wesentlich anderes als einen zahlenmäßigen Abbau der Beamten. Die Rundgebung des Reichsbundes kommt auch zu dem Schluß, daß es bei einer Verwirklichung dieses Gedankens sehr wohl erforderlich werden könnte, an der einen oder anderen Stelle die Kopfzahl der Beamten zu erhöhen.

Von besonderer Bedeutung ist wohl in der Rundgebung des Reichsbundes die Tatsache, daß eine Beseitigung des Reichsarbeitsministeriums und eine Zerpflegung seiner Aufgaben in allen möglichen Ressorts abgelehnt wird. Diese Forderung wird immer wieder von der Arbeitgeberseite erhoben. Ihre Verwirklichung steht nach Auffassung des Reichsbundes Deutscher Technik im Gegensatz zu dem Geist wahrer Verwaltungsreform und wird nur die unproduktive Arbeit vermehren.

Die amtliche Großhandelsindexziffer im Februar 1928.

Berlin, 7. März. Die für den Monatsdurchschnitt Februar 1928 berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Vormonat um 0,6 v. H. von 133,7 auf 137,9 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer für Agrarstoffe um 1,6 v. H. auf 130,1 (132,2) und diejenige für Kolonialwaren um 0,2 v. H. auf 129,7 (130,0) nachgegeben. Unter den Industriestoffen ist die Indexziffer für Rohstoffe und Hilfswaren um 0,6 v. H. auf 133,6 (134,4) gestiegen, während die Indexziffer der industriellen Fertigwaren um 0,4 v. H. auf 156,8 (156,1) gestiegen ist.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Sarillon - Anzeigen

Am Dienstag, den 6. März, verschied unser Mitglied, langjähriger Leiter der Frau Wanda Leistner.

Frau Wanda Leistner
im Alter von 43 Jahren.

Ein eheliches Andenken besitzend für die Mitglieder der Schützengilde des Gewerks IV, Düren.

Die Beerdigung findet am Freitag, 9. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbchen.

Am Dienstag, den 6. März, hat der Tod meine liebe Frau

Wanda Leistner
geh. Tilsch

im Alter von 43 Jahren von den schweren Qualen der überstandenen Operation erlöst.

Breslau, den 8. März 1928.

In tiefem Schmerz
Richard Leistner

Einäschung: Freitag, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbchen.

Die Beerdigung am Freitag, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbchen.

Am 6. März verschied unser Mitglied

Frau Wanda Leistner
im Alter von 43 Jahren

Ehrel. ihrem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreiskomitee Breslau.

Die Einäschung ist am Freitag, 9. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbchen.
Kreiskomitee, Rosenstr. 14. Distrikt 33.

Gestern mittig um 1/2 1 Uhr verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Vater, Großvater und Schwager, der Eisenarbeiter

August Hammer
im ehrenvollen Alter von 71 Jahren.

Dies zeigt an
Die trauernden Kinder.

Beerdigung: Samstag, den 10. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der Erlösern, Oststr. 26, 27.

Traueramt: Paulstr. 18.

Störungen

Parteienoffizier sucht möbliertes Zimmer möglichst allein. Etagen bevorzugt. Off. mit Preisang. u. B. 152 u. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb. 100

Kleine Anzeigen

Ein kleiner Kabinwagen billig zu verkaufen. Preis: 100 Mark. 8. B. 100/100

Bereitschaft

BRSCC
Inserenten!

Der „Heine Bergmann“.

Der am Dienstag im Zusammenhang mit dem Diebstahl pfälzischer Goldhypothekenbriefe in München verhaftete Berliner Kaufmann Norbert Bloch hat auch Geschäfte betrieben, die an die Lombardschwindelzeilen Sally Bergmanns erinnern. Gegen diesen Bloch sind bereits 120 Zahlungsbefehle erlassen worden. Seine Wohnung wurde im Laufe des Mittwoch vormittag von seinen Gläubigern fast gestürmt.

Bloch betrieb früher einen Automobilhandel, wendete sich aber bald einem für ihn einträglicheren Betätigungsfeld zu. Einem Kaufmann aus Köln spiegelt er große Lombardgeschäfte bzw. Güteragenturen vor und bewog ihn, gegen 10 Prozent Jahreszinsen 50 000 Mark herzugeben. Mit einem Teil dieses Geldes richtete sich Bloch eine luxuriöse 7-Zimmer-Wohnung in der Magdalenenstraße in Berlin ein. Diese Wohnung mit ihrer Einrichtung bildete den „Grundstock“ seiner Geschäfte. Alle Geldgeber, die ihm, wie der Kölner Kaufmann, ins Garn gingen, lud er in diese Wohnung ein. Hier gewannen sie durch den Prunk und die Prahlereien Blochs den Eindruck, daß sie es mit einem soliden Kaufmann zu tun hätten. Niemand von ihnen dachte daran, sich den angeblichen Lombardspeicher anzusehen. Dieser Speicher war tatsächlich gar nicht vorhanden. Bloch hat von ungefähr 40 bis 50 Leuten auf diese Weise Beträge von 4-5000 Mark erhalten. Seine Schuldenlast läßt er selbst auf über 100 000 Mark. Als der Schwindler merkte, daß die Gläubiger ihn mit Betrugsanzeigen verfolgten, verließ er seine Wohnungseinrichtung noch zu retten. Er verpackte sie in Kisten bei mehreren Pfandleihen. So kamen die Pfandscheine zustande, die Frau Bloch bei Erscheinen der Kriminalpolizei zu verbergen suchte.

Bloch betrieb auch Buttereschwindelzeilen. Ein Kaufmann aus der Provinz, der 10 000 Mark anlegen wollte, schien Bloch der richtige Mann zu sein. Beide fuhren nach Hamburg zu einer Butterverfeinerung. Bloch redete dem Provinzler ein, daß bei dem Buttergeschäft gut zu verdienen sei. Man kaufe in Hamburg 10 Pfund Schibische Butter, die von Bloch in Berlin in holländische Butter umgetauft wurde. Auf diese Weise wurde u. a. ein Kaufmann O. beliefert, der deutsche Butter kaufen wollte. Bloch berückte seinen Geschäftspartner mit der Versicherung, die vorgenommene Umbezeichnung der Butter sei durchaus handelsüblich. Dieses Mandat wurde ein zweites Mal mit 33 Pfund Butter, die man ebenfalls aus Hamburg holte, wiederholt. Der Käufer O. erklärte jedoch in den Augenblick, als die Sendung auf dem Güterbahnhof in Berlin abgeliefert werden sollte, daß er den Schwindel erwidert habe. Er verweigerte die Bezahlung und drohte mit Anzeige wegen Betruges und Urkundenfälschung. Der Mann aus der Provinz war aus allen Himmeln gefallen, fuhr betrübt nach Hause und war Geld und Ware los. Bloch und O. rieben sich jedoch vergnügt die Hände, denn O. hand mit Bloch unter einer Decke; die Abwicklung des letzten Geschäftes mit den 33 Pfund Butter war von beiden von vornherein verabredet worden.

Das große Los

In der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie ist am Mittwoch auf die Nummer 995 845 gefallen. Es gelangte mit je 500 000 Mark in der ersten Abteilung nach Neumünster; in der zweiten nach Pforzheim. Die Glückslose wurden in Abteilungen gespielt. In Pforzheim sind die Gewinner unter bzw. mittlere Beamte und Handwerker; die Gewinner in Neumünster sind kleine Landwirte und Handwerker. Die Auszahlung der Gewinne wird gegen Ende des Monats erfolgen. Auf ein Losstück entfallen rund 50 900 Mark.

Nicht weniger als 7 Einbrechertolonnen

haben in der Nacht zum Mittwoch in Berlin „erfolgreiche“ Arbeit geleistet. In einem Konfektionsgeschäft in der Schwefelbenerstraße entwendeten die Diebe für 10 000 Mk. Crepe de Chine und fertige Damenwäsche. — Bei einer Konfektionsfirma in einem Hause der Neuen Königstraße erbeuteten Einbrecher ebenfalls für 10 000 Mark Kleidungsstücke. — 80 Herrenanzüge fielen Dieben in einem Kleidergeschäft in der Kauerstraße in die Hände. — Aus einem Zigarrengeschäft in der Frankfurter Allee wurden bei einem Einbruch Zigaretten im Werte von 4000 Mark gestohlen, in der Bayreuther Straße aus einem Lebensmittelgeschäft größere Mengen Schinken, Käse usw. — In der Kaiser-Friedrichstraße erbeuteten Ladenräuber 50 wertvolle Photoapparate. — Aus der Auslage eines Wäsche-geschäftes in der Schlossstraße angelten Schaulustereinbrecher Blusen und Röcke heraus. Sie wurden dabei von einem Wächter überrascht und verhaftet.

Neues Erdbeben in Süditalien.

Am Mittwoch Mittag wurde wenige Minuten vor 12 Uhr in Messina und Reggio Calabria ein heftiges Erdbeben verspürt, das über zehn Sekunden dauerte. Es kam in beiden Städten zu wilder Panik und die Bevölkerung stürzte erschreckt ins Freie. In Reggio Calabria haben zahlreiche Häuser Risse erlitten. Schwere Schäden werden auch aus Sagnara und Palmi gemeldet. In Städtchen Ravizza sollen ebenfalls Opfer zu beklagen sein. Aus anderen Orten fehlen Nachrichten, weil durch das Beben die Drahtverbindungen unterbrochen sind.

Eine Klage des Ehepaars Sabloff.

Das Berliner Landgericht I hat die Klage des Ehepaars Sabloff gegen den Verleger und Verfasser des Buches „Der Herzensroman der Prinzessin Victoria von Schaumburg-Lippe und Alexander Sabloff“ abgewiesen. Die Klage auf Unterlassung der Verbreitung des Buches gerichtet ist, abgewiesen. Ebenso ist die Klage der Frau Sabloff auf Entfernung ihres Bildes abgewiesen worden. Dagegen sind die beiden Angeklagten verurteilt worden, das Bild des Klägers Sabloff und das Bild auf dem Umschlag, das das Ehepaar darstellt, aus dem Buch zu entfernen. Die Abweisung der Klage der Frau Sabloff auf Entfernung ihres Bildes beruht auf der Erwägung, daß sie infolge ihrer Heirat mit Alexander von Sattenberg eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte geworden sei. Dagegen wurde Sabloff der Veröffentlichung der Bilder, auf denen er dargestellt ist, widersprechen, da er, wie das Gericht annimmt, keine Persönlichkeit der Zeitgeschichte darstellt.

Kaufert Meist in Haft

Im Moskauer Justizpalast fand ein Haftentlassungs-kommission für den Bauer Kuhnert, der unter dem dringenden Verdacht des Aufwärtungsbeitrages in Haft genommen wurde, statt. Die Staatsanwaltschaft widersprach der Haftentlassung. Die Staatsanwaltschaft und die Haftentlassungskommission sind im Streit. Die Staatsanwaltschaft hat sich für die Fortführung der Haft der Haftentlassungsanträge abgelehnt.



Zur Völkerbundstagung in Genf.

Eine Sitzung des Völkerbundesrates. Von links nach rechts: Reichsaussenminister, Dr. Stresemann, Scialoja (Italien), Briand (Frankreich), Tschou Long (China).

Bergiftungen in einer Autofabrik.

In der Lackbrennerei der Automobilfirma Chrysler in der Flugplatzstraße in Johannistal bei Berlin erkrankten Mittwoch vormittag plötzlich 10 Arbeiter unter eigenartigen Vergiftungsercheinungen. Zweien der Erkrankten mußte von der Feuerwehr erste Hilfe geleistet werden. Die Ursache der seltsamen Vergiftungen konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Vermutlich haben die Erbauern nicht einwandfrei gearbeitet. Ferner besteht die Möglichkeit, daß die Gullys für das abfließende Benzinöl nicht in Ordnung waren und daß die aufsteigenden Benzoldämpfe, die sich in größeren Mengen angeammelt hatten, den Unfall verursacht haben.

Schwere Automobilschwindelzeilen

werden dem Berliner Automobilhändler Willi S. zur Last gelegt. Er soll widerrechtlich Automobile weiterverkauft haben, obwohl er sie nicht Eigentümerschaft in Empfang genommen habe. Der Automobilhändler und ein gewisser Edmann sind inzwischen verhaftet worden. S. hat sich angeblich auch seine Verkaufsgeschäfte von privaten Gebührenden beschaffen lassen; man wirft ihm ferner vor, daß er zahlreiche alte Automobile an seine Kunden weiterverkauft, ohne daß diese Wagen geliefert wurden. In die Schwindelzeilen soll auch ein Berliner Rechtsanwalt verwickelt sein; ihm werden u. a. Urkundenfälschungen vorgeworfen.

Tödlicher Verkehrsunfall.

Auf der Dorfstraße von Geisdorf nach Lauban riß der Chauffeur eines Geschäftsautos seinen Wagen herum, um zu vermeiden, daß ein von einem Fuhrwerk abgesprungenes Kind überfahren werde. Das Auto fuhr in den Graben und überfuhr dabei einen zehnjährigen Knaben, der sofort tot war. Ein anderes Knabe wurde leicht verletzt.

Mord bei der Vesperandacht.

In Schwach an der Weichsel erschoss während der Vesperandacht in den Kreuzgängen der Klosterkirche der 21-jährige Gymnasiast Kiprowski seinen Verwandten, den 16-jährigen Sohn des Malers Kurawski. Die Andacht wurde sofort unterbrochen und dem Verleihen die letzte Deutung erteilt. Die Gründe der juchbaren Tat sind noch nicht geklärt. Die Wunde soll aus dem Elternhause des Täters stammen.

Haftentlassungsantrag für den Kunsthändler Lippmann.

Beim Schöffengericht in Jülich, vor dem der sensationelle Bilderraub aus der Adelsburg zur Aburteilung gelangt wird, hat Rechtsanwalt Dr. Frey-Berlin für den von ihm verteidigten Kunsthändler Friedrich Wilhelm Lippmann einen Haftentlassungsantrag gestellt. Die Begründung stützt sich auf die Haftunfähigkeit, weil Lippmann, der bekanntlich inzwischen von Berlin in das Amtsgericht in Jülich übergeführt worden ist, schwer zuerkrankt (6 Prozent) ist und auch an schwerem Gelenkrheumatismus leidet.

Eine Wassermühle niedergebrannt.

Dienstag nacht ist die Wassermühle Kloster Rohrbach, zwischen Sangerhausen und Oertröblingen gelegen, innerhalb einer Viertelstunde völlig niedergebrannt. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten.

Schweres Motorradunglück.

Dienstag nachmittag stieß in der Nähe von Billeder bei Münster i. Westf. ein Motorradfahrer aus Billeder mit einem Automobil zusammen. Dabei erlitt der Führer des Motorrades so schwere Verletzungen, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus in Billeder verstarb. Ein auf dem Soziusstuhl mitfahrender Ingenieur, ebenfalls aus Billeder, erlitt einen doppelten Schädelbruch, doch besteht Hoffnung, daß er mit dem Leben davonkommen wird.

Im Moor verlaufen.

Die Tochter des Arbeiters Schäfer aus Lechnow bei Kolberg, ging, um einen Weg abzukürzen, abends auf dem Heimweg über ein Moor. Sie geriet vom schmalen Pfade ab und verlor sich. Die Leiche konnte erst nach zwei Tagen gefunden werden.

Bekätigte Todesurteile.

Das Reichsgericht beschäftigte sich am Dienstag mit der von dem Händler Hermann Gansewig gegen das Todesurteil des Schwurgerichts in Siendal vom 8. Dezember 1927 eingelegten Revision. Gansewig hat, im März 1926 seinen Sohn erschlagen und am 23. Juli 1927 seine Ehefrau ermordet, um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen. Er war vom Schwurgericht wegen Mordes zum Tode und wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Der erste Strafbescheid des Reichsgerichts verwarf die Revision und bestätigte das Todesurteil.

Das Reichsgericht verwarf gleichzeitig die Revision des Schnitters Josef Skoczylas, der vom Schwurgericht Frankfurt a. Oder vom 8. Dezember 1927 wegen Mordes zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt wurde. Der Angeklagte hatte gemeinsam mit einem Komplizen einen Arbeiter überfallen und ermordet. Als sie die Leiche ausrauben wollten, fanden sie nur eine Zigarette.

13 Tote bei der Knappschiffahrt auf See „Ewald“.

Im Knappschiffkrankenhause Reddinghausen ist jetzt ein weiterer verheirateter Bergmann seinem Verletzungen erlegen, die er bei der Seifahrtskatastrophe auf See „Ewald“ erlitten hat. Damit ist die Zahl der tödlich verunglückten Bergleute auf 13 gestiegen.

Eine verunglückte Mondschiffahrt.

Bei Rempten im Allgäu hatte man an einer 12 Meter tiefen Bohrung einen Großkraftwagen fast gänzlich zertrümmert aufgefunden. Schuttpuren und einige Bekleidungsstücke deuteten auf ein Unglück hin. Der Autounfall ist jetzt aufgeklärt. Es handelt sich um eine Mondschiffahrt im Auto, zu der der 17-jährige Sohn eines Remptener Garagenbesizers seine „Brant“ und Geliebte, ein 14-jähriges schulpflichtiges Mädchen eingeladen hatte. Der hoffnungslos junge Mann schickte einen Kindeckel vor und eilte mit seiner Begleiterin und deren Bruder in die Garage. Alle drei fuhren dann mit der Limousine einer Münchener Firma nach dem 25 Kilometer entfernten Jmmersfeldt und von dort wieder zurück. Unmittelbar vor Rempten bremste der junge Mann zu stark, jedoch der Wagen den Bergabhang hinabstürzte. Das Auto überschlug sich dreimal. Bei jedem Salto flog ein Passagier heraus. Ernstlich verletzt wurde aber niemand. Kopflos rampte das Alceblatt dann nach Hause.

Verhängnisvolles Spiel mit Menzies-Pistolen.

In den Räumen der Studentenverbindung „Etonia“ in Dorpat machten sich zwei junge Mitglieder der Verbindung an den Menziespistolen zu schaffen. Einer von ihnen lud eine Pistole. Mithin ging ein Schuß los und durchbohrte einen Studenten, der gerade den Raum betrat. Der Verletzte starb nach wenigen Minuten.

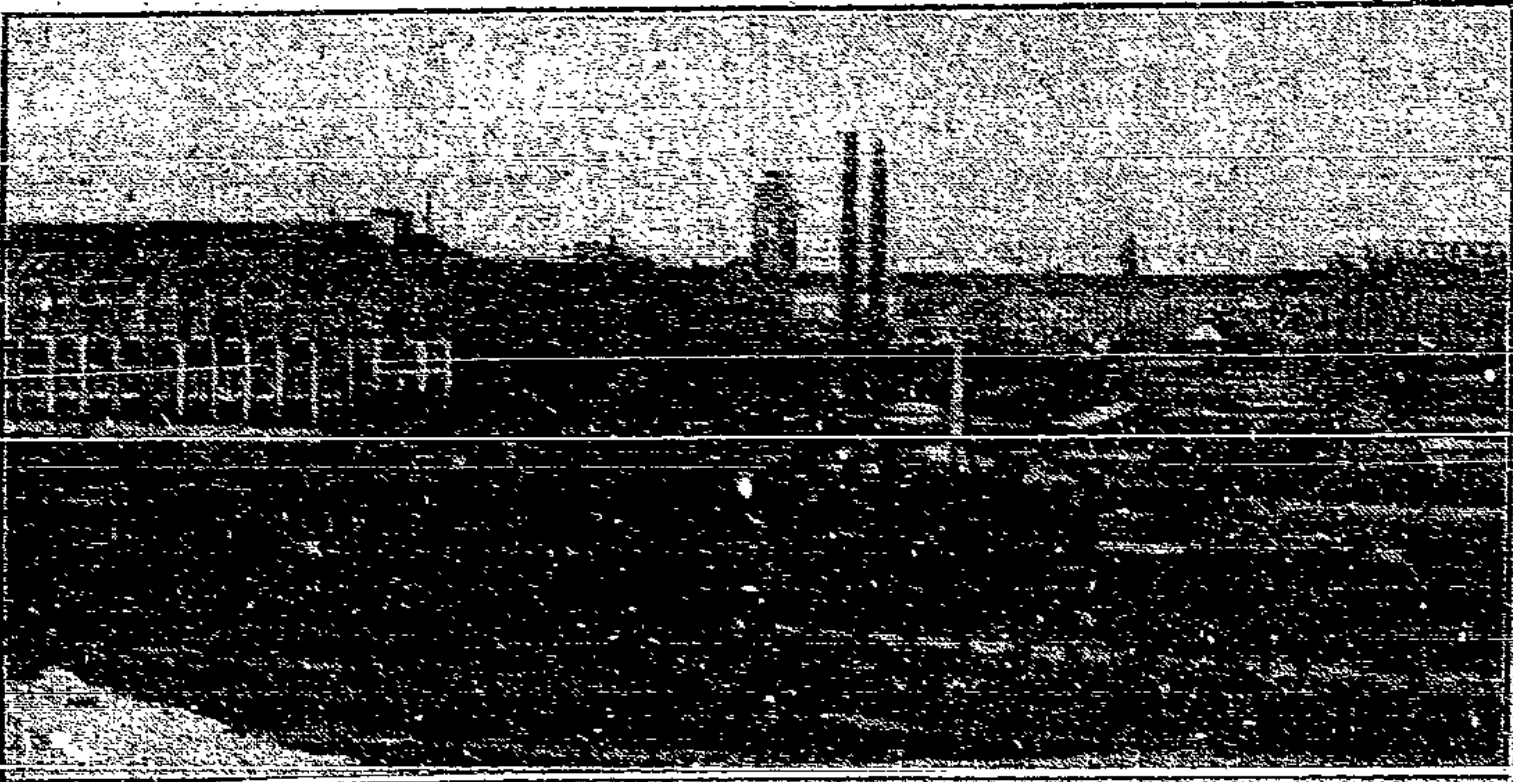
Ein Todesopfer

Der Zerstörung des St. Gotthard Kriegsmaterials. Der Artilleriehauptmann Viktor Gombos, der mit der Unterdarstellung des in St. Gotthard aus Italien eingetroffenen Kriegsmaterials beauftragt worden war, hatte infolge der Aufregungen, die ihm diese Arbeit verursachte, einen Nervenzusammenbruch erlitten. Er ist Dienstag früh gestorben.

Geplanter Flug Sevilla-Bombay.

Auf dem Flugplatz von Getafe werden Versuche mit dem Motor eines Flugzeuges angestellt, mit dem die Hauptleute Jimenez und Iglesias den von Levine gehaltenen Weltrekord für Entfernungen zu brechen beabsichtigen. Die Maschine ist ganz in Spanien erbaut und für die Aufnahme von insgesamt 4125 Litern Betriebsstoff eingerichtet, von denen 435 Liter in Behältern auf den oberen Tragflächen untergebracht werden. Der Motor entwickelt 540 PS. Die Abflughöhe erfolgt mit Wasser und nicht mit Luft wie bei den amerikanischen Flugzeugen, die die letzten großen Flüge durchgeführt haben. Der Abflug soll Anfang April von Sevilla aus erfolgen. Wie Hauptmann Jimenez erklärte, wird es der Aktionradius des Flugzeuges gestatten, ohne Zwischenlandung bis Bombay zu fliegen.

Zum Kampf in der Metallindustrie.



In den Siemenswerken wurden nach weitere 15 000 Arbeiter entlassen, 10 000 sind in die Metallindustrie übergegangen.

